

Interview mit Diana Golze

Für höheres Kindergeld und eine gebührenfreie Kinderbetreuung

Was waren aus Deiner Sicht die wichtigsten bzw. weitreichendsten Entscheidungen, die der Bundestag in diesem Jahr getroffen hat?

Diana Golze: Ich denke, neben mehreren Auslandseinsätzen der Bundeswehr, bei denen ich konsequent mit „Nein“ gestimmt habe, gehört der Beschluss zur Erhöhung der Mehrwertsteuer dazu. Von dieser Verbrauchssteuer werden vor allem Familien und Geringverdiener betroffen sein – die Haushalte, die schon jetzt jeden Cent dreimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Sie werden es ab dem nächsten Jahr noch schwerer haben. Meine Fraktion hat geschlossen gegen diese soziale Ungerechtigkeit gestimmt.

Ab nächstes Jahr gibt es Elterngeld. Wie denkst Du über diese familienpolitische Neuerung?

Diana Golze: Das Elterngeld fördert, wie viele Maßnahmen der Großen Koalition, nur die Besserverdienenden. Die Geringverdiener, StudentInnen oder ALG-II-Bezieher werden schlechter gestellt als zuvor, da es das Mindestelterngeld von 300 Euro nur für zwölf und nicht wie früher das Erziehungsgeld für 24 Monate gibt. Dafür profitieren Personen mit mittleren und hohen Einkommen, da sie statt Erziehungsgeld künftig 67 Prozent ihres letzten Einkommens erhalten. Dagegen hätte ich nichts, wenn es nicht durch die einkommensschwächeren Eltern finanziert werden würde.

Welches ist die interessanteste Persönlichkeit, die Du in Deiner Funktion als Bundestagsabgeordnete kennen gelernt hast?

Diana Golze: Ich habe im zurückliegenden Jahr viele interessante Persönlichkeiten kennen gelernt. Es ist erstmal ein seltsames Gefühl, z.B. als Schriftführer neben dem Bundestagspräsidenten zu arbeiten oder bei einem Mittagessen den Präsidenten der slowenischen Staatsversammlung zu treffen. Aber oft sind es nicht die schillernden Figuren aus dem Fernsehen, die mich beeindruckten, sondern die Menschen, die im Hintergrund stehen.

Was würdest Du ändern, wenn Du einen Tag lang mit Familienministerin Ursula von der Leyen tauschen könntest?

Diana Golze: Na, da könnte ich jetzt natürlich sagen, was ich an dem Tag alles beschließen würde: eine Kindergelderhöhung oder den Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Kitaplatz. Aber ich weiß, dass die Ministerin nicht einmal könnte, wenn sie es wollte. Ich

könnte sagen, dass ich meine Kabinettskollegen in eine Einrichtung vor Ort mitnehmen würde, die sich um Kinder kümmert, die nicht in einen Kindergarten gehen dürfen, weil ihre Eltern arbeitslos sind. Eigentlich würde ich mit ihr aber nicht tauschen wollen. Lieber verbringe ich den Tag mit meinem Mann und unserer kleinen Tochter.

Welche Vorhaben verfolgt die Fraktion Die Linke im nächsten Jahr auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpolitik?

Diana Golze: Ganz oben an steht die Bekämpfung der Kinderarmut und ihrer Folgen. Dafür brauchen wir als ersten Schritt ein höheres Kindergeld und das Recht auf den gebührenfreien Zugang für alle Kinder ab der Geburt in eine Kindertagesstätte. Außerdem werden wir uns weiter für den Erhalt der Jugendhilfeeinrichtungen einsetzen und darauf achten, dass das neue Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus effektiv ausgestaltet wird.

Worüber hast Du Dich als Parlamentarierin bisher am meisten geärgert?

Diana Golze: Über die Arroganz vieler Mitglieder des Bundestages, die zum Teil schon seit Jahrzehnten dort sitzen und mir vom wirklichen Leben erzählen wollen. Und darüber, dass die Große Koalition so häufig gegen die Interessen der meisten ihrer WählerInnen entscheidet, z.B. bei Hartz-IV-Verschärfungen oder bei der Rente ab 67. Im Zusammenhang mit den jüngsten Amok-Läufen Jugendlicher wird ein schnelles Verbot von Gewalt verheerenden Computerspielen gefordert. Warum bist Du skeptisch, dass ein solches Verbot nicht sinnvoll wäre?

Diana Golze: Schon jetzt sind die Spiele, auf die sich die aktuelle Debatte bezieht, indiziert oder stehen unter einer Altersbeschränkung. Trotzdem gelangen sie in die Hände von Kindern und Jugendlichen. Verbote schrecken nicht ab, sondern machen diese Spiele nur noch interessanter. In Zeiten der weltweiten Internet-Kommunikation brauchen wir keine weiteren Verbote, sondern bessere Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, die solche Spiele uninteressant machen, sowie eine Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Eltern und ErzieherInnen.

Was steht auf dem weihnachtlichen Wunschzettel einer Bundestagsabgeordneten?

Diana Golze: Mehr Zeit für meine Familie, für unpolitische Literatur und Schlaf.



Abstimmungsverhalten der Gartenfreunde ist deshalb mindestens merkwürdig

Unverständnis über Entscheidung zum Parkplatzbau

Die Errichtung des Parkplatzes am Gertrud-Piter-Platz ist ein umstrittenes Thema. Dass die Wogen in der Sitzung der SWV hoch schlagen würden, war absehbar. Die Ankündigung der Oberbürgermeisterin, einen Beschluss über einen vorübergehenden Baustopp nach der Gemeindeordnung beanstanden zu wollen, tat ein übriges.

Verwies die Oberbürgermeisterin doch ausdrücklich auf den Umstand, dass die Beanstandung aufschiebende Wirkung für den Beschluss hätte und der Parkplatz solange weiter gebaut würde, bis über die Beanstandung entschieden sei. Dadurch wären Tatsachen geschaffen. Die reale Möglichkeit der Volksvertreter, eine öffentliche Angelegenheit selbst zu entscheiden, wurde durch die Oberbürgermeisterin so beschnitten. Das Zeichen ist wohl zu verstehen.

Verwunderlich war allerdings das Verhalten der Fraktion der Gartenfreunde. Zusammen mit der SPD, den Grünen und mit DIE LINKE.PDS hatten sie den Antrag gestellt, die Bauarbeiten an dem Parkplatz bis auf Weiteres einzustellen und die Verwaltung mit der vertieften Prüfung von Alternativen zu beauftragen.

Ohne ein Wort der Erklärung stimmten beide anwesende Vertreter der Gartenfreunde bei der Abstimmung gegen den eigenen Antrag. Da das

Wird das Gericht eingeladen?

28 Bungaloweinbrüche in acht Gartensparten verübte ein 47-jähriger in den vergangenen drei Monaten. Polizisten erwischten den Mann, der wohl nur auf Bewährung in Freiheit war, auf frischer Tat.

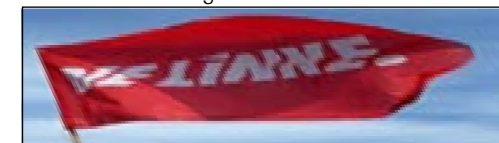
Der Haftantrag der Staatsanwaltschaft wurde vom Gericht nicht genehmigt. So hat der Täter die Möglichkeit, noch einen 29. und 30. Einbruch zu begehen, um anschließend ein Jubiläum zu feiern. Ob das Gericht dazu eingeladen wird, das ist leider nicht bekannt.

Edith Altenkirch

Abstimmungsergebnis 19:22 lautete, wurde der Antrag abgelehnt. Bei einer Zustimmung der beiden Vertreter der Gartenfreunde statt einer Ablehnung wäre das Ergebnis 21:20 für den Antrag gewesen.

Das Abstimmungsverhalten der Gartenfreunde ist deshalb mindestens merkwürdig. Von einem verlässlichen Partner wäre mindestens eine vorherige Erklärung zu erwarten gewesen. So bleiben nur Fragezeichen, wofür die Fraktion der Gartenfreunde künftig stehen will und wem sie Partner sein will.

Matthias Osterburg



Selber entscheiden und selber mitmachen!
Als Mitglied der Linkspartei.
Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!
Im Internet unter www.sozialisten.de
oder in der Geschäftsstelle